

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

zum Bildungswesen. Hoffnungslosigkeit treibt die Flüchtlinge weiter. Da die meisten Flüchtlinge ein sehr positives Bild von Deutschland als industrielles und Wohlstandsland mit dem größten Flüchtlingskontingent, haben, wird es als Zufluchtsort ausgesucht. Falls es nicht direkt über die deutsche Botschaft erreicht werden kann, begeben sich die Geflüchteten zunächst in die Türkei, um von dort später nach Deutschland zu gelangen.

Marokko

Dr. Helmut Reifeld (27.08.2015)

Marokko gehört zu den Ländern, die seit langem sehr stark sowohl vom Zuzug als auch vom Transit und von der Ausreise von Menschen geprägt worden sind. Aktuell handelt es sich überwiegend (ca. 80 Prozent) um frankophone Migranten aus Subsahara-Afrika, deren primäre Zielländer Spanien, Frankreich und Belgien sind. Die meisten von ihnen halten sich lange, oft jahrelang in Marokko auf. Nicht wenige bleiben auf Dauer. Eine Sonderrolle spielen seit etwa zwei Jahren die Flüchtlinge aus Nahost, vor allem aus Syrien, die demgegenüber wesentlich schneller den „Sprung“ nach Europa schaffen.

Die beiden einzigen „Sprungbretter“ sind die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Alle Versuche, selber den direkten Seeweg zu nehmen, sind zum einen extrem gefährlich, zum anderen scheitern sie an der sehr dichten marokkanischen Küstenwache/Seenotrettung, die umfassend von Spanien/der EU finanziell unterstützt wird. Sollte ausnahmsweise die spanische Seenotrettung in Aktion treten müssen, bedeutet das für die Flüchtlinge, dass sie nicht wieder auf der marokkanischen Seite abgesetzt werden, sondern auf dem spanischen Festland.

An den Zäunen von Ceuta und Melilla hat es 2014 insgesamt 70 Erstürmungsversuche (bis zu 800 Migranten gleichzeitig) gegeben. Dabei waren 12.500 Menschen erfolgreich (i.d.R. die jungen, männlichen und sportlichen); rund 15.000 wurden wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Die meisten Syrer schaffen es, da sie nicht auf den ersten Blick von Marokkanern zu unterscheiden sind, mit gestohlenen oder oberflächlich gefälschten Pässen, die regulären, offiziellen Grenzübergänge zu passieren, über die jeden Morgen tausende von marokkanischen Händler und Arbeiter visafrei in die Exklaven strömen. 3.305 Syrer waren auf diese Weise 2014 erfolgreich.

Zur prekären Lage der Flüchtlinge

Der physische und psychische Zustand insbesondere derjenigen Migranten, die bereits mehrere Erstürmungsversuche hinter sich haben und sich illegal in Marokko aufhalten, ist oft von schweren Verletzungen, von Traumata, Exklusion und Diskriminierung gekennzeichnet. Sie sind in einem großen Ausmaß sowohl alltäglicher Gewalt als auch nicht selten offenem Fremdenhass und verstecktem Rassismus ausgesetzt. Obwohl die Kooperation zwischen der spanischen und der marokkanischen Polizei sehr eng ist, werden die Rechte von Migranten und selbst von Flüchtlingen oft ignoriert. Es kommt bei Einsätzen immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, die Gesundheitsstandards müssen als menschenunwürdig bezeichnet werden. Am schwersten trifft es Frauen und Kinder. Der größte Anteil dieser Gewalt geht von marokkanischen Sicherheitskräften aus. Viele leiden unter Langzeitschäden, fühlen sich stigmatisiert und sehen sich zum Betteln gezwungen. Während sie in den vergangenen Jahren häufig im Niemandsland der algerischen Grenze abgeschoben – und danach wieder zurück abgeschoben – wurden, werden sie inzwischen auf die marokkanischen Großstädte verteilt.

Neue Initiativen der Integration

Um diese prekäre Situation zu entspannen und das international relativ positive Image des Landes nicht weiter zu beschädigen, ließ der König im September 2013 eine neue Asyl- und Einwanderungspolitik verkünden, deren Ziel vor allem die Legalisierung einer nicht unerheblichen Zahl von illegalen Migranten aus den Subsahara-Staaten sein sollte. Die Motive und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Ziele dieser Maßnahme waren vielschichtig. Zum einen hatte der „Conseil National des Droits de l'Homme“ (CNDH) einen Bericht über die prekäre Menschenrechtslage veröffentlicht und eine Reihe von Empfehlungen formuliert. Zum anderen wollte die Regierung den Druck auf die beiden Exklaven verringern, da sich das Land gegenüber der EU verpflichtet hat, deren Grenzen zu sichern.

Der CNDH hatte für die Umsetzung dieses Projekts eine Reihe weitreichender Empfehlungen formuliert: Rechtsbeistand bei Konflikten am Arbeitsplatz, Schulung der zuständigen Verwaltungsangestellten, Verbot jeglicher Gewaltanwendung u.a.m. Zudem wurden diese Empfehlungen spezifiziert für die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Medien und die Regierungsinstitutionen. Seit Anfang 2014 gibt es überall im Land „Ausländerbüros“, die nicht nur eine Beratungsfunktion haben, sondern auch Anträge für eine Aufenthaltserlaubnis entgegennehmen. Insgesamt haben diese inoffiziellen Angaben zufolge fast 60.000 Anträge akzeptiert, von denen etwa jeder zehnte positiv beschieden wurde. Angesichts der hohen Anforderungskriterien (entweder marokkanischer Ehepartner, seit zwei Jahren bestehende Arbeitsverträge, mindestens fünf Jahre Aufenthalt in Marokko oder besondere gesundheitliche Beeinträchtigungen) erscheint dieser Anteil erstaunlich hoch.

In der Konsequenz dieser Initiative des Königs wurde im Sommer 2015 ein umfassender Gesetzentwurf auf den parlamentarischen Weg gebracht, der die Situation der Migranten umfassend verbessern, die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention regeln und erstmalig eine Art Asylrecht in Kraft setzen soll. Die Verantwortlichen in Marokko wissen inzwischen sehr wohl, dass es nicht reicht, Menschen lediglich als Arbeitskräfte aufzunehmen. Wenn sie bleiben, müssen sie integriert werden. In diesem Kontext werden aktuell viele Fragen erstmals auf Regierungsebene diskutiert, die bisher dort noch nicht auf der Tagesordnung standen: Welchen Status haben bestimmte Gruppen von Migranten? Welche Konsequenzen ergeben sich aus den zahlreichen, vorangegangenen gewalttätigen Übergriffen? Welche Verantwortung behalten die lokalen Behörden, die bis dato überfordert und wenig hilfsbereit waren? Welche Sonderrolle haben die politischen Flüchtlinge und welche schließlich die immer zahlreicher werdenden internationalen Beobachter? Was impliziert letztlich eine Legalisierung? Welche Freiheiten haben diese Migranten? Welche politischen Rechte und Pflichten sollen sie bekommen? Diese Fragen werden aktuell quer zu den Parteigrenzen diskutiert. Im Hinblick auf seine Bereitschaft, immer mehr Migranten selbst aufzunehmen, sieht sich das Land heute vielleicht einem ähnlichen Migrationsdruck ausgesetzt wie die Türkei oder Mexiko. Und diese Diskussion trägt bereits jetzt dazu bei, das internationale Ansehen Marokkos weiter in ein positives Licht zu rücken.

Perspektiven

Aus europäischer Sicht spielt Marokko ohne Zweifel eine Schlüsselrolle für den Umgang mit dem Migrationsproblem. Was die Situation in und um Ceuta und Melilla betrifft, sind die europäischen Staaten maßgeblich auf die marokkanische Kooperationsbereitschaft angewiesen. Monetäre Kompensationen sind selbstverständlich, aber nicht allein ausschlaggebend. Wesentlich wichtiger für Marokko sind die außenpolitische Anerkennung und die innenpolitischen Umsetzungsmöglichkeiten. Außenpolitisch möchte das Land sich auf Dauer nicht mit dem bisher erreichten „Statut avancé“ seitens der EU begnügen. Es möchte als zuverlässiger und verbindlicher Partner auf Augenhöhe akzeptiert werden. Auch im Kontext der Süd-Süd-Kooperation, für die sich kein nordafrikanisches Land in den vergangenen Jahren mehr engagiert hat als Marokko, spielt der Umgang mit den Migrationsproblemen eine für Europa wichtige Rolle. Und schließlich ist die Rigorosität, mit der Marokko den djihadistischen Terrorismus bekämpft, ohne Zweifel auch im europäischen Interesse.

Angesichts der intendierten Europäischen Nachbarschaftspolitik müssen beide Seiten gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, die prekäre Menschenrechtssituation um die beiden Exklaven zu beenden, denn jenseits jeder zweckrationalen Begründung hat der Zaun letztlich etwas Surreales, das mit den ethischen Standards beider Seiten nicht in Einklang zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

bringen ist. Und „realpolitisch“ gedacht, sollte letztlich auch nicht vergessen werden, dass Marokko diese Politik primär im Interesse und auf Druck Europas betreibt. Es verteidigt eine Grenze, die die meisten Marokkaner im Grunde gar nicht anerkennen.

Mehr als je zuvor ist Marokko heute Ausreise-, Transit- und Aufnahmeland zugleich. Es herrscht eine transnationale Mobilität, in der sich das eine kaum noch vom anderen trennen lässt. Der Staat unternimmt große Anstrengungen, diese Mobilität zu regeln, um sie besser kontrollieren und vielleicht sogar steuern zu können. Dabei geht es ihm nicht nur um Staatsbürgerschaft und mehr denn je zuvor um Terrorismuskontrolle; es geht auch um den Charakter und den Zusammenhalt Marokkos insgesamt. Auf der einen Seite steht die Forderung nach sozialer Integration nach wie vor sehr hoch auf der politischen Agenda; auf der anderen zwingt der Wandel von „Migration“ und „Migranten“ dazu, die Diskurse um Identität und Religion sowie um Sozialstaat und Marktwirtschaft immer wieder neu zu überdenken.

Tunesien

Dr. Hardy Ostry (03.09.2015)

Angesichts der anderweitigen drängenden sicherheitspolitischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen Tunesiens und der derzeit vergleichsweise geringen direkten Betroffenheit nehmen Migration nach Europa und Europäische Migrationspolitik keinen Spitzenplatz im öffentlichen und politischen Diskurs Tunesiens ein.

Gleichwohl wird seit Monaten regelmäßig in Presse und in sozialen Medien über das Schicksal von Flüchtlingen in Europa berichtet. Tenor ist dabei in der Regel deren miserable Lage und die oft „unmenschliche“ Behandlung, die sie seitens der europäischen Behörden erfahren. Vor allem die Zivilgesellschaft beklagt eine „sicherheitspolitische Vision“ der Migration seitens der Europäer und immer wieder wird auf Foren und in Fachgesprächen auf die Notwendigkeit verbesserter legaler Migrationswege von Süd nach Nord hingewiesen. Die Forderung nach Visaerleichterungen seitens der EU-Mitgliedstaaten wird auch von der tunesischen Politik regelmäßig erhoben. Diese Forderung wird angesichts der Verhandlungen über eine vertiefte Freihandelszone (ALECA) zwischen der EU und Tunesien, die im Oktober eröffnet werden sollen, demnächst wohl wieder lauter werden. Hier wird argumentiert, die Personenfreizügigkeit könne nicht gänzlich außen vor bleiben, wenn die anderen drei „EU-Freiheiten“ (Waren, Kapital, Dienstleistungen) mit dem Partnerland weiter ausgebaut werden. In entsprechenden Fachdiskussionen wird die „Mobilitätspartnerschaft“ zwischen der EU und Tunesien als unzureichend bzw. als „leere Hülle“ kritisiert.

Sehr kritisch werden in Tunesien die in Brüssel seit April 2015 diskutierten Vorschläge gesehen, mit EU-Operationen auch militärisch gegen Schlepperbanden in libyschem Hoheitsgebiet vorzugehen. Tunesien, das von der instabilen Lage in Libyen direkt betroffen ist, bemüht sich gegenüber den Konflikten in seinem Nachbarland um Neutralität und plädiert für eine strikte Nicht-Interventionspolitik.

Generell wird immer wieder (und zunehmend) darauf hingewiesen, dass „der Westen“ eine Mitverantwortung für den Zusammenbruch der arabischen Welt – und damit die Fluchtursachen – trage und sich nun nicht bei der Bearbeitung der Folgen, also der Migration, aus der Verantwortung stehlen könne. Im Fokus der Kritik stehen dabei indes in der Regel die USA, Großbritannien und Frankreich und deren Politik in Irak, Libyen und Syrien (siehe in diesem Sinne etwa den Kommentar in der Tageszeitung *La Presse* vom 25.08.2015 unter der Überschrift „Trio infernal“).

Deutschland stand bislang nicht besonders im Fokus. Bei der Behandlung von „Flüchtlingsschicksalen“ wird in der Regel aus Mittelmeeranrainerstaaten wie Italien berichtet. Allerdings wurden die jüngsten Stellungnahmen von Bundeskanzlerin Angela Merkel als besonders wegweisend angesehen; von der ansonsten so „kühl“ wahrgenommenen deutschen Regierungschefin wurde in der Presse durchweg nicht nur ein positives, sondern diesmal